

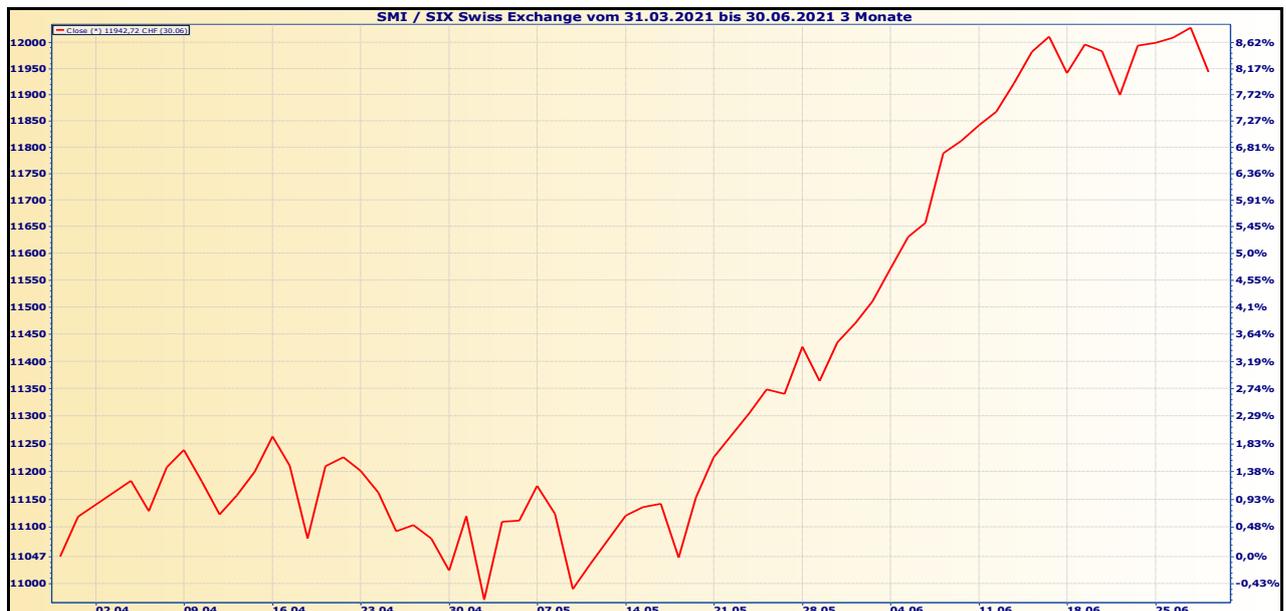
## Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Auf den **internationalen Aktienmärkten** gab es im **zweiten Quartal** eine Fortsetzung der jetzt schon seit Mitte März 2020 anhaltenden Kurssteigerungen. Der Weltaktienindex in Euro stieg um weitere sechs Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Der Aktienmarkt in der Schweiz, der für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds mit einem Anteil Schweizer Aktien von derzeit knapp 57 Prozent am gesamten Aktienanteil des Fondsvermögen besonders von Bedeutung ist, stieg im zweiten Quartal sogar noch etwas stärker. Der Swiss Markt Index SMI kletterte in den letzten drei Monaten um acht Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Und auch der Deutsche Aktienindex *DAX* steigt immer weiter. Nach seinem Plus von neun Prozent in den ersten drei Monaten des Jahres konnte er im zweiten Quartal nochmals rund drei Prozent zulegen:



Quelle: *Handelsblatt* vom 25. Mai 2021, Seite 26

An den **Rentenmärkten** zogen die Zinsen weiter leicht an. So stieg die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen in der Schweiz von minus 0,30 Prozent auf minus 0,20 Prozent weiter an. Und auch der Rentenmarkt in Deutschland verzeichnete anziehende Zinsen. Die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen stiegen ebenfalls von minus 0,30 Prozent auf minus 0,20 Prozent. Der Grund für die steigenden Zinsen sind die Sorgen um weltweit anziehende Inflationsraten.

Am **Devisenmarkt** kann der Euro seinen Wechselkurs zum Schweizer Franken vorläufig bei rund 1,10 halten. Nachdem die Schweizerische Nationalbank (SNB) insbesondere im letzten Jahr massiv an den Devisenmärkten interveniert hat, damit der schwache Euro nicht noch schwächer wird, geht es aktuell darum „jede Bemerkung zu vermeiden, die Marktteilnehmer dazu bringen könnte, auf einen noch stärkeren Franken zu spekulieren.“<sup>1</sup>

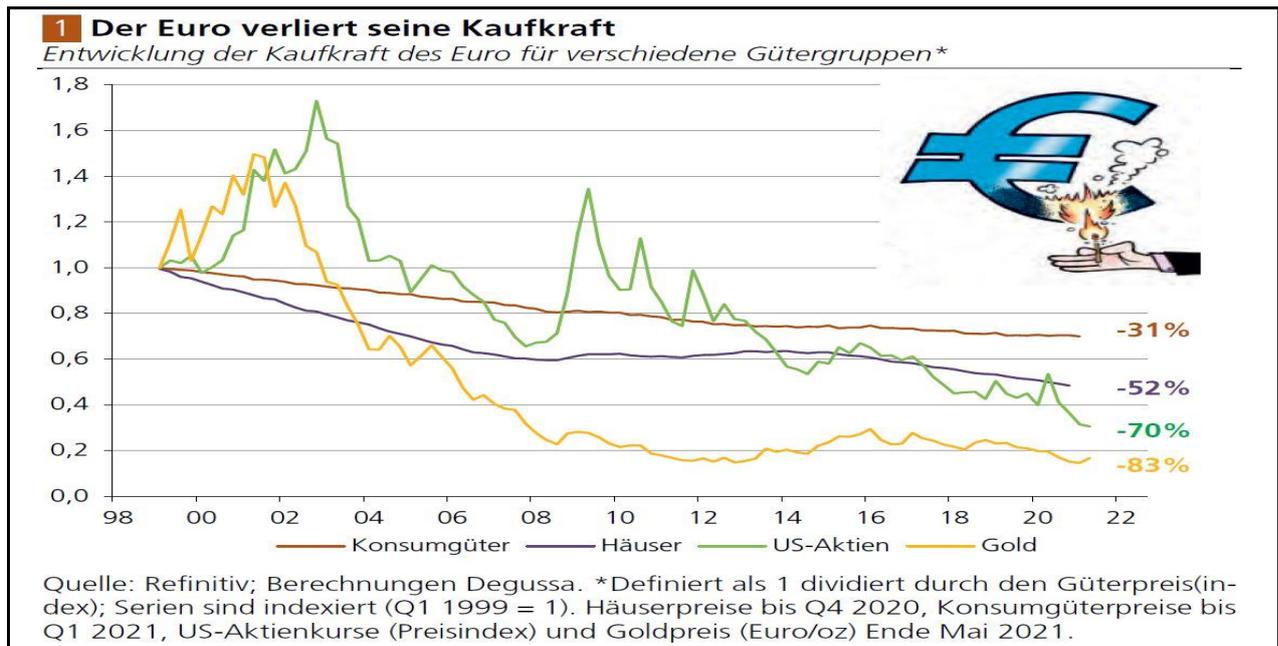
Seit mehr als zehn Jahren versucht die Schweizerische Nationalbank mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich der Franken gegenüber dem Euro zu stark aufwertet. Im Jahr 2010 begann sie, in großem Stil am Devisenmarkt zu intervenieren – ohne Erfolg. Ein Jahr später setzte die SNB einen Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro fest, den sie im Januar 2015 dann wieder aufgeben musste. Auch in den Jahren danach trieben Phasen der Unsicherheit an den internationalen Börsen immer wieder Kapital in die Schweiz als sicheren Hafen und ließen den Schweizer Franken gegenüber dem Euro aufwerten.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 16. Juni 2021, Seite 24.

<sup>2</sup> Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 26. Juni 2021, Seite 15.

Deutlich schwieriger wird es für die Schweizerische Nationalbank jedoch werden, den Schweizer Franken gegenüber dem Euro nicht wieder aufwerten zu lassen, wenn die Inflation im Euroraum weiter spürbar anzieht (siehe hierzu die Ausführungen im weiteren Verlauf dieses Quartalsberichtes). „In diesem Szenario wird der Franken stärker, weil die SNB die Teuerung erfahrungsgemäss besser im Zaum hält als die anderen Notenbanken, womit der Franken mehr Kaufkraft behält.“<sup>3</sup>

Wie stark der Euro schon jetzt an Kaufkraft eingebüßt hat, und dabei alles andere als „stabil“ ist, wie die Politiker es gerne ihren Bürgern weiszumachen versuchen, zeigt ein Blick auf die folgende Grafik:



Quelle: *Degussa Marktreport*, 2. Juni 2021, Seite 1

Seit seiner Einführung im Jahr 1999 hat der Euro, auf Basis der Konsumgüterpreise gemessen (braune Linie in der Grafik), bis heute 31 Prozent seiner Kaufkraft eingebüßt. Legt man die Häuserpreise im Euroraum zugrunde (lila Linie), betrug der Kaufkraftverlust des Euro 52 Prozent. Vergleicht man die Entwicklung des Euro mit den Kursen amerikanischer Aktien (grüne Linie), beläuft sich der Euro-Kaufkraftverlust auf 70 Prozent. Und gegenüber Gold (gelbe Linie) hat der Euro sogar 83 Prozent seiner Kaufkraft in den letzten gut 20 Jahren verloren.

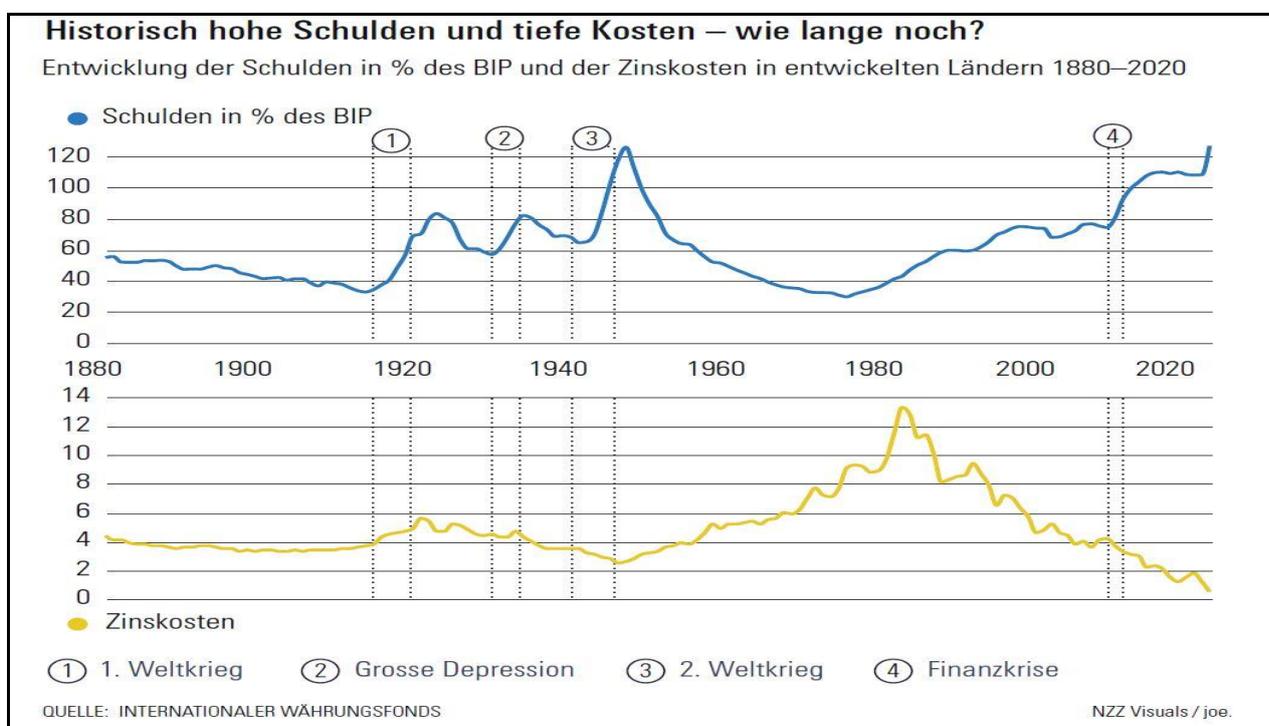
Zahlreiche – insbesondere deutsche – Politiker wollen ihren Bürgern erklären, der Euro sei so stark wie es früher die Deutsche Mark war. Das ist vorsätzlicher oder zumindest grob fahrlässiger Unsinn! Denn eine Stärke des Euro ist politisch gar nicht gewollt. „Die dreistelligen jährlichen deutschen Milliarden-Exportüberschüsse, die früher zu entsprechend höheren Währungsreserven führten, sind heute Subventionen für den Euro bzw. den Lebensstandard in den Mittelmeerländern.“<sup>4</sup>

<sup>3</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 16. Juni 2021, Seite 14.

<sup>4</sup> *FINANZWOCHE* vom 17. Juni 2021, Seite 4.

Und der Euro wird in Zukunft weiter an Wert verlieren – auch und insbesondere gegenüber dem Schweizer Franken. Einer der Ursachen ist der dramatische Anstieg der Staatsschulden. Diese Entwicklung ist zwar weltweit zu beobachten, aber es gibt lobenswerte Ausnahmen: So weisen zum Beispiel die Schweiz und Norwegen im Vergleich zum Euroraum oder zur USA sehr viel geringere Staatsschulden aus. Dies ist einer der Gründe, warum wir von *Schmitz & Partner* in den von uns verwalteten individuellen Kundendepots und in den beiden von uns verantworteten *Schmitz & Partner* Fonds nur wenig in den Währungen Euro und US-Dollar investiert sind, dafür aber umso mehr Wertpapiere in Schweizer Franken und norwegischen Kronen halten.<sup>5</sup>

Im vergangenen Jahr haben die Regierungen weltweit ein zusätzliches Staatsdefizit von durchschnittlich 11,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) aufgehäuft. Im laufenden Jahr könnten es wohl noch einmal 10,4 Prozent vom BIP werden.<sup>6</sup> Damit ist die Staatsverschuldung in den entwickelten Ländern von bereits hohen 108 Prozent des BIP im Jahr 2018 auf 127 Prozent Ende des vergangenen Jahres gesprungen<sup>7</sup> – das ist mehr als auf dem bisherigen Höhepunkt nach dem Zweiten Weltkrieg (siehe in der nachfolgenden Grafik die blaue Kurve):



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. April 2021, Seite 22

<sup>5</sup> Neben den oben bereits erwähnten knapp 57 Prozent Schweiz Anteil beim *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds beträgt der Schweiz Anteil beim *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds zum 30. Juni 2021 rund 15 Prozent und der Norwegen Anteil knapp 21 Prozent allein am Aktienanteil des Fondsvermögens. Auf das ganze Fondsvolumen bezogen ist der Anteil von Schweizer Franken und norwegischer Krone in beiden Fonds noch höher, weil zusätzlich große Teile der Liquidität in diesen beiden Währungen gehalten werden und beim *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds noch eine norwegische Staatsanleihe hinzukommt.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. April 2021, Seite 22, in der die Zahlenangaben des *Internationalen Währungsfonds* zitiert werden.

<sup>7</sup> Siehe vorherige Fußnote.

Allein in der Europäischen Union sind die Staatsschulden von 83,9 Prozent des BIP im Jahr 2019 auf 98 Prozent im Jahr 2020 gesprungen. In absoluten Zahlen ist das mit knapp 12.100 Milliarden Euro der höchste je erreichte Wert.<sup>8</sup> Zum Vergleich: Die Staatsschulden der Schweiz beliefen sich im Jahr 2020 auf gerade einmal rund 30 Prozent des BIP<sup>9</sup> und Norwegen hat unter Einberechnung des norwegischen Pensionsfonds in Höhe von über 1.000 Milliarden Euro quasi überhaupt keine Staatsschulden.

Die absurd hohen Schuldenstände in Ländern wie Italien, Spanien oder auch Frankreich sind mittlerweile nur deshalb noch tragbar, weil die Zinsen und damit die Zinskosten für die verschuldeten Staaten auf historischen Tiefstständen verharren (siehe in der obigen Grafik die gelbe Kurve). Und damit die Zinsen nicht steigen, kaufen die Notenbanken immer größere Anteile an den neu auf den Markt geworfenen Staatsschulden auf. Aber die ständig steigenden Schulden werden nicht ohne Folgen bleiben. Die *Neue Zürcher Zeitung* warnt bereits: **„Das frivole Leben auf Kredit fordert früher oder später seinen hohen Preis.“**<sup>10</sup>

Die Schuldenberge sind so stark gewachsen, dass die (eigentlich unabhängigen) internationalen Notenbanken von der Politik gezwungen werden, die Zinsen so niedrig wie möglich zu halten und zusätzlich die Staatskassen mit immer neuem Geld zu versorgen.<sup>11</sup> **„Mittlerweile wird sogar eine erhöhte Preisinflation als probates Mittel gesehen, um die Verschuldungslage der Staaten zu entschärfen.“**<sup>12</sup>

Der Blick in die Geschichte zeigt eindrucksvoll, „dass es meist die desolante Finanzlage des Staates ist, die zu einer Inflationspolitik führt.“<sup>13</sup> Der frühere Wirtschaftsweisen Professor *Lars Feld* ergänzt: „Monetäre Staatsfinanzierung ist keine dauerhafte Lösung. Sie führt früher oder später zu Inflation.“<sup>14</sup> *Thorsten Polleit* erkennt die „Gefahr, zum Verschuldungsproblem ein ernstes Inflationsproblem hinzuzufügen“.<sup>15</sup> Und das Gespenst von steigender Inflation und (möglicherweise, aber politisch nicht erwünscht) steigender Zinsen zeigt sich bereits:

---

<sup>8</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. April 2021, Seite 17. Die Zahlenangaben stammen vom EU-Statistikamt *Eurostat*.

<sup>9</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 25. Juni 2021, Seite 20.

<sup>10</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. April 2021, Seite 19.

<sup>11</sup> Vgl. *Degussa Marktreport* vom 17. Juni 2021, Seite 6.

<sup>12</sup> *Degussa Marktreport* vom 17. Juni 2021, Seite 6.

<sup>13</sup> *Degussa Marktreport* vom 17. Juni 2021, Seite 2.

<sup>14</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 10. April 2021, Seite 3. Feld warnt in seinem lesenswerten Aufsatz „Schulden – Krise – Schuldenkrise?“ vor wieder spürbar anziehenden Inflationsraten und schreibt: „Wie ein schlafender Löwe könnte die Inflation zurückkehren.“

<sup>15</sup> *Torsten Polleit* in seinem Gastkommentar „Zinskontrolle birgt inflationären Sprengstoff“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 12. Mai 2021, Seite 21. Polleit ist Chefvolkswirt bei der *Degussa Goldhandel GmbH* in Frankfurt am Main.



Quelle: *Handelsblatt* vom 20. Mai 2021, Seite 26

Die aktuellen Schlagzeilen sind deutlich. So lauten die Überschriften allein aus den letzten vier Wochen beispielsweise: „Lebensmittelpreise steigen weltweit so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr“<sup>16</sup>, „Im Strudel der Preise“<sup>17</sup>, „Die Angst vor Inflation erwacht – mit gutem Grund“<sup>18</sup>, „Der Inflationsbuckel schwillt weiter an“<sup>19</sup>, „Hui Buh, das Inflationsgespenst“<sup>20</sup>, „Inflation ist wie ein Erdbeben“<sup>21</sup> oder „Kommt die große Inflation?“<sup>22</sup>

Ist diese Furcht vor steigenden Inflationszahlen berechtigt? Aktuell liegt die Geldentwertungsrate in der Schweiz lediglich bei 0,6 Prozent<sup>23</sup>, in Deutschland allerdings schon bei 2,5 Prozent<sup>24</sup> und in die USA sogar bei 5 Prozent<sup>25</sup>. Aber bleibt es bei diesen Inflationszahlen oder wird sich der Kaufkraftverlust für die Sparer und Anleger noch be-

<sup>16</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. Juni 2021, Seite 25.

<sup>17</sup> *WirtschaftsWoche* vom 7. Juni 2021, Seite 14. Der ausführliche Artikel (Seite 14 - 21) warnt: „Der Welt droht eine lange Phase mit höherer Inflation. Die Risiken für Wirtschaft und Gesellschaft sind erheblich.“ (Seite 14) und vergleicht: „Eine derart zügigen Geldentwertung hat es zuletzt vor rund 30 Jahren gegeben – im Boom nach der Wiedervereinigung.“ (Seite 16)

<sup>18</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Juni 2021, Seite 17.

<sup>19</sup> *Finanz und Wirtschaft* vom 12. Juni 2021, Seite 15.

<sup>20</sup> *DER SPIEGEL* vom 19. Juni 2021, Seite 67. In der Analyse wird die Frage aufgeworfen: „Drohen jetzt gar Weimarer Verhältnisse?“

<sup>21</sup> *WirtschaftsWoche* vom 25. Juni 2021, Seite 38.

<sup>22</sup> *Handelsblatt* vom 30. Juni 2021, Seite 4. Und die *Finanz und Wirtschaft* vom selben Tag fürchtet, es „könnte zu Inflationsraten führen, wie sie seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen wurden.“ (Seite 3)

<sup>23</sup> Vgl. *Statista Research Department* vom 14.06.2021.

<sup>24</sup> Vgl. *Statistisches Bundesamt*, Pressemitteilung Nr. 255 vom 31. Mai 2021.

<sup>25</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. Juni 2021, Seite 22. Der Börsenbrief *FINANZWOCHE* schreibt in der Ausgabe vom 17. Juni 2021 auf Seite 1 hierzu: „Die jüngsten Inflationszahlen machen deutlich, dass die USA im höchsten Inflationsklima seit den 1980er Jahren sind.“

schleunigen? Für Deutschland beispielsweise erwarten die ersten Ökonomen „noch in diesem Jahr monatliche Inflationsraten von mehr als 4 Prozent.“<sup>26</sup>

Aber wie wusste schon der frühere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler *Ludwig Erhard*: „**Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.**“<sup>27</sup>

Es sind allerdings nicht nur die Politiker, die diese „verbrecherische Politik“ betreiben. Die eigentlich unabhängigen internationalen Notenbanken lassen sich zu leicht vor den Karren der Politiker spannen. „Die Zentralbanken betreiben eine inflationäre Politik, auch wenn sie diese Wahrheit hinter wolkigen Erklärungen und vernebelnden Wortdefinitionen zu verbergen suchen. Und die ohnehin schon chronische Inflationierung soll nun auch noch verstärkt werden, um die gewaltigen Schuldenlasten, die über die Jahrzehnte aufgelaufen sind, sowie auch die neuen Schulden, die die Politiker noch machen wollen, zu finanzieren.“<sup>28</sup>

In den nächsten Jahren werden uns höhere Inflationsraten als in den Jahren zuvor bevorstehen. Welche Möglichkeiten haben Anleger und Sparer, um sich diesem sicheren Verlust an Kaufkraft entgegenzustemmen? Wie können Investoren ihr Vermögen vor den Zugriffen der Politik durch gewollte Inflationierung schützen und eventuell sogar einen realen Vermögenszuwachs erzielen?

Wir von *Schmitz & Partner* hören immer wieder Aussagen von unseren Kunden oder von Interessenten an unseren Dienstleistungen, die fest davon überzeugt sind, umfangreicher Immobilienbesitz wäre hierzu besonders geeignet. Dies ist ein weitverbreiteter Irrtum. Immobilien – und hier insbesondere vermietete Immobilien – sind höchstens die zweitbeste Anlagemöglichkeit. **Der mit Abstand beste Schutz vor steigenden Inflationsraten sind und bleiben Aktien und Aktienfonds!**

Gerade bei Wohnimmobilien überschätzen viele Käufer die damit erzielbaren Gewinne, beseelt vom Irrglauben, Renditen der jüngsten Vergangenheit seien auch ein guter Renditeindikator für die Zukunft. Kaum jemand erinnert sich noch daran, dass Ende 2009 die inflationsbereinigten Preise in Deutschland 30 Prozent unterhalb der Preise aus dem Jahr 1980 gelegen haben!<sup>29</sup> „Die inflationsbereinigte Wertsteigerung deutscher Wohnimmobilien in den fünf Jahren von 2016 bis 2020 belief sich auf spektakuläre 7,4 Prozent per annum, in den 45 Jahren von 1971 bis 2015 auf kümmerliche minus 0,2 Prozent p.a.“<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. Juni 2021, Seite 27.

<sup>27</sup> Zitiert aus *Degussa Marktreport* vom 2. Juni 2021, Seite 7.

<sup>28</sup> *Degussa Marktreport* vom 1. Juli 2021, Seite 3.

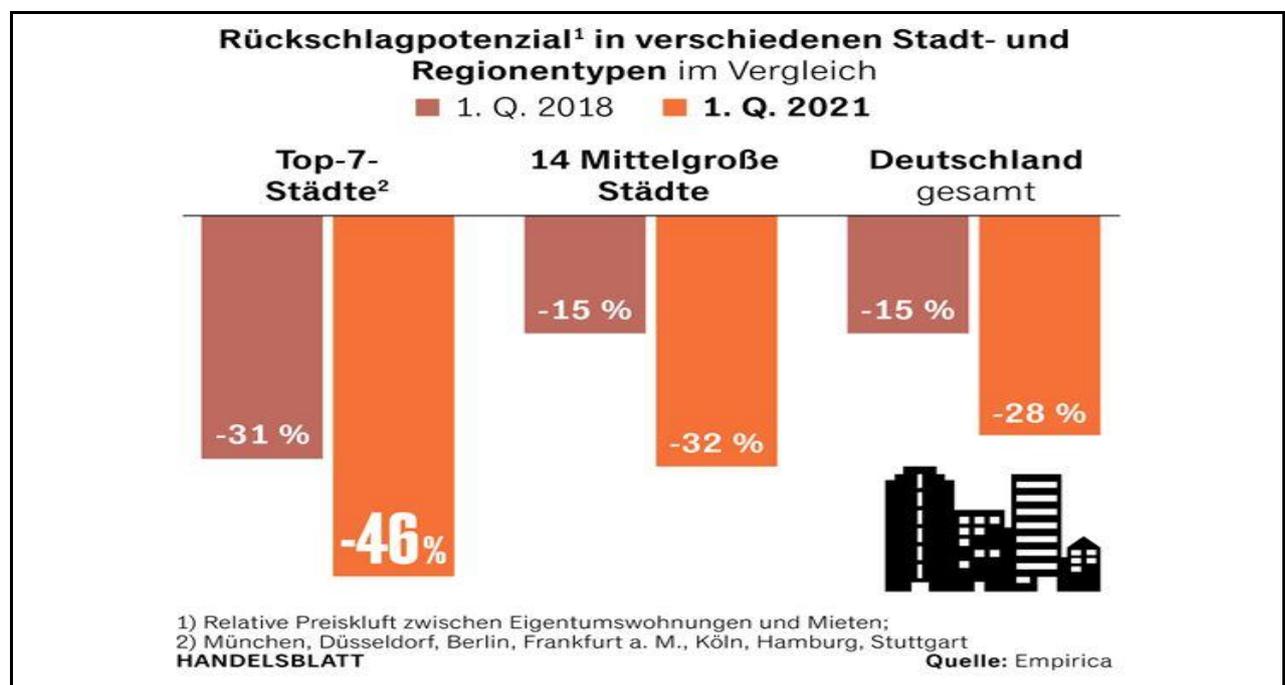
<sup>29</sup> *Gerd Kommer / Jonas Schweizer*: Instandhaltungskosten – wie man Immobilienanlagen schönrechnet, *Das Investment* vom 10. Mai 2021 (<https://www.dasinvestment.com/instandhaltungskosten-wie-man-immobilienanlagen-schoenrechnet/>).

<sup>30</sup> Siehe vorherige Fußnote.

Diese Fakten wollen die allermeisten Liebhaber von Immobilien natürlich nicht wahrhaben. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf (*Christian Morgenstern*). Der Finanzanalytiker *Volker Looman* findet hierzu deutliche Worte: „Im Grunde wissen alle Anleger, dass sie nichts wissen. Nur wollen sie das beim Geld nicht wahrhaben, und bei Immobilien scheint der Anteil der Gaukler und Bänkelsänger besonders hoch zu sein. Ich kann mir diese maßlose Selbstüberschätzung nur mit der Intransparenz von Immobilienpreisen erklären. Die Kurse deutscher Aktien werden, dem Verlierer sei's geklagt, jeden Abend vor der Tagesschau im Fernsehen präsentiert. Wer aber geht einmal im Monat zum Sachverständigen, legt jedes Mal brav 999 Euro auf den Tisch und bittet um sachdienliche Hinweise, wie hoch der Wert der Immobilien in Elend oder Sorge im Harz ist?“<sup>31</sup>

Wie wusste schon der langjährige Mentor des Verfassers dieser Quartalsberichte, Börsenaltmeister *André Kostolany*: „Wenn die Immobilienpreise jeden Tag in der Zeitung stehen würden, gäbe es nicht so viele Immobilieneigentümer.“ Weil sie dann nämlich täglich sehen würden, dass Immobilienpreise auch schwanken und – *horribile dictu* – auch deutlich sinken können.

Und genau diese Gefahr des kräftigen Fallens der Immobilienpreise wird aktuell immer größer. In Deutschland, in der Schweiz, aber auch in Ländern wie den USA. Das *Handelsblatt* schreibt mahnend: „Manch ein Experte erkennt Vorboten fallender Immobilienpreise.“<sup>32</sup> Die folgende Grafik veranschaulicht das in den letzten drei Jahren kräftig gestiegene Rückschlagpotenzial für deutsche Immobilien. Oder anders formuliert, wie stark können in Deutschland die Immobilienpreise fallen, bevor sie nach dem Platzen der Immobilienblase wieder fair und normal bewertet sind:



Quelle: *Handelsblatt* vom 23. - 25. April 2021, Seite 50

<sup>31</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Juni 2021, Seite 31.

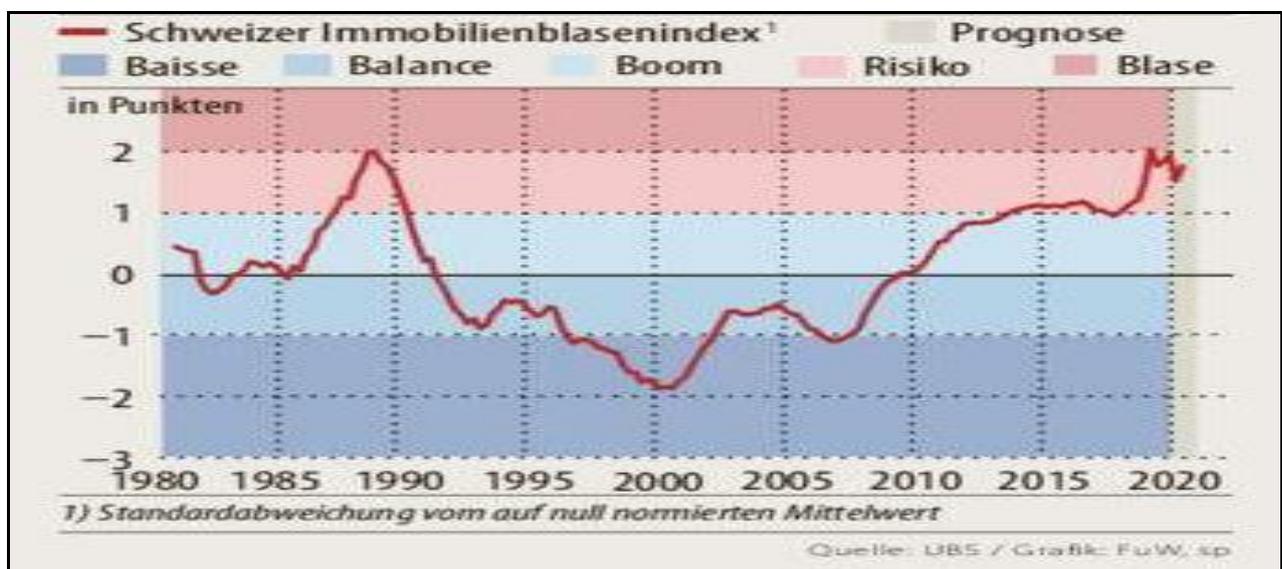
<sup>32</sup> *Handelsblatt* vom 23. - 25. April 2021, Seite 49.

Um festzustellen, ob der Immobilienmarkt heiß läuft, schauen Ökonomen unter anderem auf das Verhältnis der Kaufpreise zu den erzielbaren Jahresmieten oder zu den Einkommen der Käufer. In den letzten Jahren sind die Immobilienpreise viel stärker gestiegen als die Mieten oder die Einkommen.

Aber das Marktrisiko ist nicht die einzige Gefahr für die zu hoch bewerteten Immobilien. Wenn die Kapitalmarktzinsen aufgrund anziehender Inflationsraten ebenfalls wieder anziehen sollten, steigt das Risiko von Zahlungsausfällen und Zwangsversteigerungen, wodurch sich eine einsetzende Talfahrt bei den Immobilienpreisen noch beschleunigen würde. Denn in den meisten Euro-Ländern sind die Hypothekenkredite variabel verzinst. Die *WirtschaftsWoche* warnt daher: „Steigende Inflation und Zinsen sind das größte Risiko für die Immobilienmärkte.“<sup>33</sup>

Die *FINANZWOCHE* weist neben dem Marktrisiko und dem Zinsrisiko auch auf das politische Risiko hin: „Wenn eine grüne deutsche Regierung (nach den Umfragen geht kein Weg an einer Grünen-Beteiligung vorbei) eine Vermögensteuer einführt, die Reparaturkosten ausreichend berücksichtigt werden und jetzt auch noch die CO<sub>2</sub>-abhängigen Kosten zur Hälfte vom Vermieter getragen werden müssen, dürfte eine Immobilienanlage in den meisten Fällen unattraktiv geworden sein. Wenn es noch zu einer bundesweiten Mietpreisbremse kommen würde (gesetzlich durchaus erlaubt), kann man sich vorstellen, wohin die Immobilienpreise – dank Grünen-Politik – tendieren werden.“<sup>34</sup>

Deutschland ist nicht das einzige Land mit einer Immobilienblase. In der Schweiz droht wieder eine ähnliche Überhitzung des Immobilienmarktes wie Ende der 1980er Jahre:



Quelle: *Finanz und Wirtschaft* vom 9. Juni 2021, Seite 21

<sup>33</sup> *WirtschaftsWoche* vom 7. Mai 2021, Seite 39. Der Artikel „Hausgemachtes Risiko“ auf den Seiten 38 - 39 schreibt bei der Entwicklung der Hauspreise von „Luftschlössern“ (Seite 39) und kommt zu dem Fazit: „Verlieren die Immobilien an Wert, müssten die Banken ihre Forderungen wertberichtigen. Das zehrte an ihrem Eigenkapital und schmälerte die Möglichkeit, neue Kredite zu vergeben. Auch dadurch verschärfte sich die Baisse am Immobilienmarkt – und am langen Ende würden Makler nicht mehr um Verkäufer, sondern um Käufer buhlen.“ (Seite 39)

<sup>34</sup> *FINANZWOCHE* vom 20. Mai 2021, Seite 4.

Als die Immobilienblase platzte, gerieten Hypothekenehmer und Investoren in massive Probleme. Banken verloren aufgrund von Abschreibungen Milliardenbeträge. Erst Mitte der 1990er Jahre fand der Immobilienmarkt wieder sein Gleichgewicht.<sup>35</sup>

Alle diese aufgeführten Gründe zeigen, dass eine Investition in Immobilien wohl für viele Jahre nicht sinnvoll erscheint. Der **ultimative Wertspeicher** in Zeiten wieder anziehender Inflationszahlen ist aus der Sicht von *Schmitz & Partner* deshalb weiterhin **eine Beteiligung am weltweiten Unternehmertum in Form von Aktien**. Und die *FINANZ-WOCHE* ergänzt: „Damit bleiben fundierte Aktien (defensive Titel mit Wachstumscharakter) wahrscheinlich das Optimum der Geldanlage.“<sup>36</sup>

Wirft man einen Blick auf die Vermögensstruktur der Superreichen in der Welt, dann stellt man fest, dass die mit Abstand größte Position Aktien sind (29 Prozent vom gesamten Vermögen). Immobilien machen hingegen nur 14 Prozent aus, sind also noch nicht einmal halb so viel wie Aktien im Vermögen der wirklich Reichen vertreten.<sup>37</sup> Rechnet man noch die drittgrößte Position Private Equity (Kapitalbeteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen) mit 16 Prozent dazu, ist fast die Hälfte des gesamten Vermögens der sehr Reichen in Unternehmensbeteiligungen investiert und nur gerade ein Siebtel in Immobilien. Ist diese Übergewichtung von Aktien bei gleichzeitiger Untergewichtung von Immobilien vielleicht der Grund für den immensen Reichtum?

Hervorragende Erwähnungen und Bewertungen hat in den letzten Wochen zum wiederholten Mal der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds in den Medien erhalten. So ist der Fonds auch per 30. Juni 2021 wieder mit der *EuroFondsNote* 1 bewertet worden (seit inzwischen einem dreiviertel Jahr ununterbrochen). Darüber hinaus ist der Fonds zum Beispiel in *Deutschlands größter Fonds-Statistik* (Mai 2021, Seite 115) mit Platz 12 von fast 400 Fonds im 3-Jahres-Vergleich zu finden oder in *fondsprofessionell* (2. Quartal 2021, Seite 98 - 99), in dem der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds im Ranking über drei Jahre die zweithöchste Überrendite aller beobachteten Investmentfonds in der Kategorie defensiv ausweist. Und in der vor wenigen Tagen erschienenen Juli-Ausgabe vom *Smart-Investor* (Seite 30) „liegt der Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds über drei Jahre mit einem Wertzuwachs von 23,4 % auf Rang 5 von über 600 Fonds in der Kategorie Mischfonds defensiv Welt.“ Mit anderen Worten: **Mehr als 99 Prozent aller anderen Fonds haben in den letzten drei Jahren schlechter abgeschnitten als der Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds!**

Zwei aktuelle Fondsanalysen über den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds haben wir diesem Quartalsbericht hinzugefügt. Als dritte Lektüre liegt noch ein Artikel aus der *Euro am Sonntag* über die Stabilität des Schweizer Franken bei.

---

<sup>35</sup> Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 9. Juni 2021, Seite 21. Der in der Grafik abgebildete Schweizer Immobilienblasenindex setzt sich aus sechs Subindizes zusammen. Drei dieser Teilindizes befanden sich im ersten Quartal 2021 bereits auf dem höchsten Blaseniveau: das Kauf-Mietpreis-Verhältnis, die Relation der Haushaltseinkommen zu den Eigenheimpreisen und die reale Eigenheimpreisentwicklung.

<sup>36</sup> *FINANZWOCHE* vom 1. Juli 2021, Seite 5.

<sup>37</sup> Vgl. *WirtschaftsWoche* vom 2. Juli 2021, Seite 79 - 80. Die Zahlenangaben stammen aus einer Umfrage der Schweizer Großbank *UBS* unter den weltgrößten 121 Family Offices. Die 40-seitige englische Studie ist unter „ubs-global-family-office-report-2020“ in allen gängigen Suchmaschinen abrufbar.